

Umverteilen von A bis Z : Gespräch mit Christine Goll, selbstständige Erwachsenenbildnerin und Journalistin, Nationalrätin, Beatrice Mazenauer, Juristin, Zentralsekretärin SVEGB, Ruedi Ruchti, Informatiker, blind, ehemaliger Präsident des Schweizerische...

Auto(r)en: Goll, Christine / Ruchti, Ruedi / Leuzinger, Susanne

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Puls : Drucksache aus der Behindertenbewegung**

Band (Jahr): **35 (1993)**

Heft 3: **Behindert in die Krise**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-158476>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Umverteilen von A bis Z

Ein PULS-Gespräch mit Christine Goll, selbständige Erwachsenenbildnerin und Journalistin, Nationalrätin; Beatrice Mazenauer, Juristin, Zentralsekretärin SVEGB; Ruedi Ruchti, Informatiker, blind, ehemaliger Präsident des Schweizerischen Blindenbundes; Susanne Leuzinger, Anwältin, Mitglied der Sozialpolitischen Kommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

PULS: Ausgangspunkt unseres Gesprächs ist die These, dass die momentane Krise keine vorübergehende ist, sondern – auch als Folge der ökonomischen und ökologischen Wachstumsgrenzen – der Beginn der Entwicklung zur sogenannten Zwei-Drittels-Gesellschaft...

Christine Goll: Das würde ich bestätigen, vor allem auch, wenn wir es im globalen Kontext anschauen. Die Gräben werden immer grösser, einerseits der Graben Nord-Süd bzw. Ost-West, und andererseits – da ist auch die Schweiz längst kein Sonderfall mehr – der Graben zwischen denen, die (noch) Arbeit besitzen und denen, die keine Arbeit, d.h. keine Erwerbsarbeit mehr haben.

Ruedi Ruchti: Die Tatsache, dass Arbeitslosigkeit nicht mehr nur ein Spezifikum der unteren Einkommenschichten ist, sondern durch fast alle Erwerbsklassen hindurchgeht, ist vielleicht auch eine «Chance» dafür, dass das Gefühl für die Problematik steigt. Im übrigen muss man Druck machen, Druck machen, Druck machen.

Nicht nur mit Streik drohen, sondern ihn auch durchziehen. Meiner Meinung nach genügt Umverteilung der Arbeit nicht, das wird uns nicht gelingen, man muss vor allem via Steuern ganz massiv umverteilen.

PULS: Wenn Du sagst – Arbeit umverteilen, das geht nicht, würde das, und ich spitze es jetzt mal auf den behinderten Teil der Bevölkerung zu, würde das bedeuten, ein grosser Teil der Behinderten muss damit rechnen, definitiv aus dem Arbeitsbereich ausgegrenzt zu werden?

Ruedi Ruchti: Es ist eine Aufgabe der Selbsthilfe, da noch Nischen zu finden...

PULS: Aber aus dem eigentlichen Arbeitsmarkt werden sie hinausgedrängt?

Susanne Leuzinger: Einen so defensiven Standpunkt kann ich nicht

akzeptieren. Ich denke, es ist ganz vielen Leuten, auch denen, die noch keine Angst davor haben, an den Rand gedrängt zu werden, es ist ganz vielen Leuten klar, dass das enorme gesellschaftliche Spannungen gäbe, dass eine solche Trennung grosse soziale Kosten verursachen würde. Ich bin nicht bereit, mich quasi auf einen finanziellen Ausgleich zu beschränken.

Beatrice Mazenauer: Geistig Behinderte haben bisher zur 1/10-Gesellschaft gehört, und jetzt gehören sie zu einem Drittel. Sie sind bereits draussen und haben es noch gar nie geschafft, reinzukommen...

PULS: *D.h., sie kommen jetzt in grössere Gesellschaft?*

Beatrice Mazenauer: Sie kommen in einen grösseren Kreis von Leuten, was noch nicht heisst, dass es dann auch mehr Solidarität gibt. Aber der Kreis der Nicht-Integrierten wächst. Vielleicht wächst damit auch die Solidarität...

Christine Goll: Wenn ich schaue, was heute läuft, dann würde ich knallhart behaupten, die Entwicklung Richtung 2/3-Gesellschaft verschärft sich unglaublich.

D.h. wir haben eine total absurde Situation – einerseits steigende, ja, explodierende Gewinne bei Banken, Versicherungen, Grossunternehmen, andererseits steigende Arbeitslosenzahlen. Und bei diesen steigenden Arbeitslosenzahlen immer mehr Menschen, die verarmen, auch im reichsten Land der Welt. Natürlich kommen zuerst jene unter die Räder, die bis jetzt schon am Rande waren. Dazu gehören für mich nicht nur die Behinderten, sondern auch ganz viele andere Gruppen von Menschen, die in dieser Leistungsgesellschaft nicht mitmachen können oder wollen.

Es ist nicht nur eine Frage des Nicht-Könnens, sondern auch des Nicht-Wollens, der Verweigerung. Das ist die eine Seite. Und wenn ich sehe, was andererseits auf der politischen Seite läuft, auch da wird es knallhart – Sozialabbau, Deregulierung. D.h. die Wirtschaftskrise wird auf dem Buckel der sozial Schwächsten ausgetragen. Aber ich bin nicht bereit, das einfach hinzunehmen und zuzuschauen, wie dieser Trend zur 2/3-Gesellschaft, zur sozialen Ausgrenzung von immer mehr Menschen einfach weitergeht. Da beginnt für mich die Diskussion: Was setzen wir dem entgegen? In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, dass wir nicht nur den Be-

reich der Erwerbsarbeit - das ist ja der Hintergrund des Sozial-Ausgegrenzt-Werdens – anschauen, sondern auch den Bereich jener Arbeit, die gesellschaftlich notwendig ist, aber nicht bezahlt wird, die mehrheitlich im Privaten, in der Nachbarschaftshilfe, in der Freiwilligenarbeit im Sozialbereich geleistet wird, und das vor allem von Frauen. Wenn wir von Umverteilung – die Du, Ruedi, ja in Frage stellst – sprechen, müssten wir auch über die Verteilung oder Neuverteilung dieser beiden Formen von Arbeit sprechen, von bezahlter und unbezahlter, gesellschaftlich notwendiger Arbeit.

Susanne Leuzinger: Ich möchte nicht, dass wir den finanziellen Ausgleich und die Umverteilung der Arbeit gegeneinander ausspielen. Ich denke, das Ausschliessen von der Erwerbsarbeit ist etwas, das ein Ungleichgewicht von Macht verursacht, das unserer Gesellschaft nicht gut tut, aber ich meine, dass es genauso zum Menschsein gehört, dass mann und frau Betreuungsarbeit übernimmt. Dass ein Teil der Leute von einem ganz wichtigen Bereich der Produktion ausgeschaltet wird, das scheint mir keine Perspektive.

PULS: *In Deutschland gibt es ja Quotenregelungen für Behinderte,*

d.h. jedes Unternehmen muss 6% Behinderte anstellen...

Susanne Leuzinger: Ich denke, das gibt es in allen Ländern, die einen Krieg gehabt haben. Die haben sich um die Leute, die aus dem Krieg kamen, kümmern müssen. Ich sehe das als eine durchaus mögliche Variante, denn Behinderung bedeutet ja häufig, nicht im gleichen Sinne produktiv zu sein wie nichtbehinderte Menschen.

Ich denke, entweder, frau schafft mit der IV finanzielle Anreize, damit Behinderte Arbeitsplätze finden in der freien Wirtschaft, oder der Staat schreibt es den Unternehmen ab einer bestimmten Grösse vor.

Ruedi Ruchti: Du setzt einfach voraus, dass Arbeit auch in zwanzig oder fünfzig Jahren noch das Wesen des Menschen ausmacht, aber daran könnte man meiner Meinung nach zu graben beginnen...

Christine Goll: Ich würde auch nicht sagen, dass die Arbeit das Wesen des Menschen ausmacht. Aber es berührt mich in Arbeitslosenkursen immer wieder, zu spüren, welchen Stellenwert Erwerbsarbeit für Menschen hat, vor allem für Menschen, die sogenannten



arbeitslos bzw. erwerbslos werden. Deshalb vertrete ich schon, dass es ein Recht auf Arbeit, konkret: ein Recht auf Teilnahme auf der wirtschaftlichen Ebene, geben muss. Für Männer und Frauen, Behinderte und Nicht-Behinderte, für alle Menschen. Und ich denke schon, dass in diesem Zusammenhang Quoten ein Instrument sein können, um alle an der Erwerbsarbeit teilhaben lassen zu können.

Ruedi Ruchti: Kurzfristig sehe ich das auch, aber langfristig habe ich die Hoffnung, dass wir etwas dazu beitragen können, dass die Arbeit nicht mehr so fetischistisch behandelt wird.

Christine Goll: Wogegen wir uns doch wehren müssen, ist, dass eine Norm von Leistungsfähigkeit erhoben wird, auch auf dem Arbeitsmarkt, eine Norm, die davon ausgeht, jeder Mensch, der arbeitet, müsse möglichst effizient sein. Was immer das heisst. Und es gibt doch ganz unterschiedliche Lebensumstände, als Folge von Krankheit, Unfall usw., in denen diese Norm nicht erfüllbar ist. Die Norm, auf die die sogenannte freie Marktwirtschaft baut, heisst doch: Freie Bahn für den Stärksten oder die Stärkste...

«...Anstatt sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was zu tun wäre, damit alle künftig viel weniger und viel besser arbeiten können, ohne auf ihren Anteil am produzierten gesellschaftlichen Reichtum zu verzichten, fragen sich die führenden Köpfe, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bloss: Wie kann erreicht werden, dass das System mehr Arbeit verbraucht? Wie können die gewaltigen im Produktionsprozess eingesparten Arbeitsmengen durch neue kleine Jobs absorbiert, also vergeudet werden?... Arbeitszeitverkürzung aber nicht nur als technokratisches Instrument zur gerechteren Verteilung von Arbeit, sondern als das gesellschaftsverändernde Ziel, den Menschen mehr disponible Zeit zu schaffen. Hier liegt eine historische Chance, die in der Geschichte der Menschheit noch niemals gegeben war: Zu erreichen, dass die Orientierungs-Zeit eines Menschen grösser ist als die Arbeitszeit und die Zerstreuungs- und Ausruhzzeit, die einer braucht...»

(André Gorz, WochenZeitung 12/93)

PULS: *Wir sprechen jetzt von Quotenregelungen und anderen eher utopischen Forderungen, während wir in einer Situation stecken, die sich eher in die Gegenrichtung bewegt. Im Moment ist weniger der Ausbau als der Abbau sozialstaatlicher Massnahmen angesagt. Zum Beispiel wurde im Zusammenhang mit der 4. IVG-Revision von seiten des Bundesamtes für Sozialversicherungen erklärt, Forderungen wie Finanzierung der Assistenzentschädigung müssten im Moment gar nicht mehr gestellt werden...*

Beatrice Mazenauer: Das ist noch nicht vom Tisch. Ich würde mich wehren, da jetzt schon Abstriche zu machen...

Susanne Leuzinger: Die Frage der Umverteilung ist jetzt klar gestellt, weil nicht mehr nur die Frauen und die Randgruppen, sondern die ganze Mittelschicht betroffen ist. Erwerbsarbeitsfreie Zeit soll sinnvoller verbracht werden können als mit Warten auf Arbeit und Resignieren.

Massive Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, auch damit alle Betreuungsarbeit übernehmen können, Bildungsurlaube, flexible Pensionierung, alles bei genügender finanzieller Absicherung. Jetzt erst recht! Und

auch der Staat darf nicht einfach sparen, sonst haben die Leute kein Geld mehr, um zu konsumieren, dann geht es der Wirtschaft noch schlechter. Ich finde, im Moment muss einfach alles unter dem Aspekt Integration und Ausgleich gesehen werden.

Christine Goll: Ich mache ein Fragezeichen bei diesen antizyklischen Massnahmen, denn die gehen von der Wachstumseuphorie aus. Im Prinzip werden solche Programme, die eher kurzfristig angelegt sind, damit begründet, dass der nächste Aufschwung bestimmt kommt. Das greift mir einfach zu wenig weit. Natürlich bin ich in diesen politischen Verhältnissen auch vorübergehend für Beschäftigungsmassnahmen – wobei ich diese schon etwas ausgeweiteter sähe als nur gerade im Bau- oder Energie-Bereich, in dem nur Männer-Arbeits-Biographien berücksichtigt werden –, aber für mich gibt es zwei Diskussionen, die ich vordringlich finde: Das ist die Diskussion um den Arbeitsbegriff, die Verteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter gesellschaftlich notwendiger Arbeit im Privaten, und das andere ist die Diskussion – die auch enttabuisiert werden muss –, die Umverteilung von oben nach unten, also, wer verdient wieviel für welche Erwerbsarbeit...

PULS: Das hätte auch Folgen für die Gewerkschaften, die ja bisher immer für die lineare Erhöhung der Löhne gekämpft haben...

Beatrice Mazenauer: Solidarität ist ja nicht nur eine Kostenfrage, sondern auch eine Einstellungssache. Der Begriff Solidarität muss gefüllt werden.

Christine Goll: Ich könnte mir konkret eine Gewerkschaftspolitik vorstellen, die nicht mehr auf die bisherige Tarifpolitik linearer Erhöhung – Teuerungsausgleich, Reallohnerhöhung – abfährt, sondern in ihren Verhandlungen ganz konkret auch die Frage der Umverteilung stellt, d.h. oben abzupfen, unten aufstocken.

Ein anderer Ansatz wäre für mich eine staatliche Steuerpolitik mit einem sogenannten Armutsprozent, d.h. Betriebe mit grossen Gewinnen wie Banken, Versicherungen, Industriebetriebe müssten ein Prozent ihres Gewinns in einen Topf werfen, der zugunsten von Massnahmen für Arbeitslose da wäre, zum Auffüllen der Arbeitslosenkassen, der IV, zur Finanzierung von Massnahmen für Behinderte usw.

PULS: Ich möchte das Gespräch für einen Moment auf die Frage der Exi-

stenzsicherung für Behinderte, unabhängig vom Erwerbseinkommen, lenken. Die 4. IVG-Revision steht bevor. Soll von Behinderten-Seite her einfach um den Ausbau der IV gekämpft werden, oder muss in dieser sozialpolitischen Situation gemeinsam mit anderen Gruppierungen für neue Konzepte gekämpft werden? Stichwort Garantiertes Mindesteinkommen GME?

Ruedi Ruchti: Ideal wäre, wenn sich die Behindertengruppen um beides bemühten, um das ihnen nahestehende IV-Werk, aber auch bei anderen Konzepten mitmachen. Das geht nicht, weil es an Kraft, Kompetenz und Zeit fehlt.

Deshalb werden wir uns als Behinderte wahrscheinlich mit der IV zufrieden geben müssen, damit dort wenigstens die Renten existenzsichernd sind.

Beatrice Mazenauer: Ich hoffe nicht, dass wir uns nur für unsere IV einsetzen. Da sind wir nämlich massiv auf die Unterstützung anderer angewiesen. Ich hoffe nicht, dass wir nur brav für uns schauen, damit wir unsere Franken, Bauten und Organisationen im Trockenen behalten können, und die anderen sollen für sich schauen.



Susanne Leuzinger: Ich denke, das Interesse Behinderter an einem allgemeinen System von Grundsicherung müsste schon sein, dass es Abgrenzungen überflüssig macht. Aber ich denke, das ist etwas, das nicht kurzfristig realisiert werden kann, deshalb fände ich es falsch, wenn sich die Behinderten jetzt sagen würden, die IV brauchen wir nicht mehr, wir setzen auf andere Konzepte. Es müssen Lücken gefüllt, zum Beispiel für Alleinerziehende, und Ansprüche, zum Beispiel in der Sozialhilfe, verrechtlicht werden, so dass, zu einem späteren Zeitpunkt, die Einsicht kommen kann, jetzt brauchen wir die verschiedenen Systeme nicht mehr, jetzt können wir die Sozialversicherung verallgemeinern...

PULS: Und das hiesse dann GME?
Nach welchem Modell?

Susanne Leuzinger: Es gibt in etwa drei verschiedene Modelle:

1. Die Sozialdividende oder Bürgerinnen- und Bürgerlohn, d.h. alle, die hier leben, erhalten pro Monat einen bestimmten Betrag ausbezahlt. Dabei stellt sich natürlich die Frage: Was soll das für ein Betrag sein. Im Moment spricht frau bei diesem Modell von 1'500.- bis 2'000 Franken im Monat. Bei den IV-Renten sieht frau aber, dass das nicht ausreicht, dass die Leute dann doch noch auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Das ist der Mangel dieses Modells. Es ist nicht diskriminierend, aber vermutlich deckt es den realen Bedarf nicht.
2. Die negative Einkommenssteuer, die mehr am realen Bedarf anknüpft. D.h., die einen müssten – proportional zu ihrem Einkommen – Steuern bezahlen, die anderen erhielten Steuern.
3. Die Ausdehnung der Ergänzungsleistungen auf alle, die finanziell darauf angewiesen sind.

Christine Goll: Was mich an diesen Modellen bisher nicht überzeugt hat, ist die Tatsache, dass Leute mit irgendeiner Form von GME abgespiessen werden. Aber für mich müssten einfach zwei Dinge erfüllt sein: Einer-

seits muss das Recht auf Arbeit durchgesetzt werden, andererseits braucht es ein Recht auf Existenzsicherung. Dabei gehe ich immer noch von unserem bestehenden Sozialversicherungsmodell aus, denn ich glaube nicht, dass es in nächster Zeit möglich sein wird, einen grossen neuen Wurf zu machen, auch nicht in Richtung GME. Ich glaube, dass die bisherigen Versicherungen aus- und umgebaut werden müssen.

Ruedi Ruchti: Ich finde – via Ausbau zum Umbau. Wir haben heute ein Kausalitätsprinzip, und es wäre gut, wenn das langsam zu einem Finalitätsprinzip würde. Kausalität bedeutet – wenn ich in der Intensivstation erwake, muss ich als erstes hoffen, es sei ein Unfall gewesen, dann bin ich finanziell saniert. Wenn ich krank werde, ohne zu verunfallen, dann ist die Armut schon sehr nahe. Und am schlechtesten ist im Moment die langfristige Arbeitslosigkeit.

Das Finalitätsprinzip auf der anderen Seite würde bedeuten: Ich werde unterstützt, weil es mir finanziell schlecht geht.

PULS: Das heisst, es besteht ein Anspruch auf Existenzsicherung, unabhängig von den Ursachen der materiellen Not. Und das würde doch eine

«...Ein zeitgemässes System der öffentlichen Fürsorge müsste folglich vermehrt vom Bedarf des einzelnen und weniger vom Grund oder der individuellen Ursache ausgehen. Die «Schuldfrage» darf nicht im Vordergrund stehen. Ziel sollte die Überwindung oder Kompensation eines Mangels sein. Die individuelle Ursachenabklärung ist deshalb nur insofern von Wichtigkeit, als abgeklärt werden muss, welchen Beitrag der Betroffene selbst leisten kann. Allmählich müsste dieser Wechsel vom Kausal- zum Finalprinzip verwirklicht werden. Das Grundrecht auf Existenzsicherung müsste zudem in der Verfassung verankert werden, damit ein individuell klagbarer Rechtsanspruch besteht. Dies wiederum ist Voraussetzung für den «aufrechten Gang» und den Erhalt der Menschenwürde der Betroffenen...»

(Dr. Isabell Mahrer, Rheinfelden, Tagungsbericht der Caritas über «Existenzsicherndes Grundeinkommen?»)

qualitative Verbesserung bringen, die nicht zu unterschätzen ist. Wenn es einen BürgerInnen-Lohn oder eine nega-

tive Einkommenssteuer gäbe, dann würden die Betroffenen von diesem teilweise demütigenden Bettel-Parcours um IV-Renten, Ergänzungsleistungen usw. befreit. Die Grundlage eines solchen Sozialversicherungskonzeptes wäre das Recht der Betroffenen und nicht der Schutz des Staates vor 'Rentenschleichung' und Missbrauch.

Beatrice Mazenauer: Ich habe Angst, dass ein solches Mindesteinkommen immer so angesetzt ist, dass es zuviel zum Sterben und zu wenig zum Leben ist.

Natürlich finde ich den EL-Parcours (EL = Ergänzungsleistungen, Red.) auch menschenverachtend und erniedrigend. Aber das ist noch keine Begründung für das GME. Ich denke, es muss vor allem eine Einstellungsveränderung geben. Damit sich niemand mehr schämt, Ergänzungsleistungen zu beanspruchen; der Weg zur EL muss vereinfacht werden.

PULS: Mir scheint, die reichen zwei Drittel müssen vorläufig keine allzu grosse Angst um ihren Reichtum haben. Schon hier am Tisch ist es unmöglich, sich auf griffige sozialpolitische Konzepte zu einigen, während auf der anderen Seite ein klares Konzept besteht - Senkung der Staatsquote.

«...Die Einführung eines allgemeinen EGK's (Existenzsicherndes Grundeinkommen = GME Garantiertes Mindesteinkommen, Red.) würde bedeuten, dass man die Arbeitslosigkeit und die lächerlich geringen Löhne als unabwendbares Schicksal betrachtet. Für die Entlassung von schlecht ausgebildeten, wenig produktiven und vielleicht sogar zu anspruchsvollen Arbeitnehmern hätte man dann eine Entschuldigung. Man bekäme den Eindruck, als würde Geld zur Lösung schwieriger Probleme ausreichen. Man würde Gefahr laufen, den Kampf aufzugeben und darauf zu verzichten, andere Rechte im Bereich der Sozialen Sicherung und der Arbeitswelt durchzusetzen, denn das EGK würde ohnehin alle anderen Massnahmen ersetzen. Für Solidarität gäbe es dann überhaupt keinen Platz mehr...»

(Pierre Gillian, Caritas-Bericht)

Ruedi Ruchti: Was ist eigentlich Solidarität? Für mich würde Solidarität heissen, dass jemand aus den oberen zwei Dritteln mit jemandem aus dem unteren Drittel solidarisch ist, er müsste solidarisch mit jemandem sein, der

in einer Lage ist, in die er selbst niemals kommen möchte. Wie könnte man Solidarität fördern?

Christine Goll: Dazu fallen mir zwei Dinge ein. Das eine ist die Einmischung. Möglichst viele Gruppen, auch Behinderten-Gruppen, sollten nicht darüber streiten, welches die schlimmste Behinderung ist, sondern sie sollten sich in die offizielle Politik einmischen.

Das andere ist die Diskussion, die im Moment unter dem Stichwort «Neuer Gesellschaftsvertrag» läuft. An diesem Ansatz müssen wir weiterdenken. Dieser Ansatz geht davon aus, dass die verschiedenen Gruppierungen, die in dieser Gesellschaft leben, einen Vertrag miteinander aushandeln müssen, der es ermöglicht, dass alle menschenwürdig leben können. Denn: Die alten Verträge – z.B. die Gesamtarbeitsverträge – werden ausgehöhlt. Neuer Gesellschaftsvertrag würde in der jetzigen Realität ganz klar heissen – die Unternehmer müssen neu sozialpflichtig gemacht werden.

Susanne Leuzinger: Solidarität im überblickbaren Umfeld hat für mich viel mit Gemeinschaft zu tun. Deshalb lege ich soviel Wert auf Integration in verschiedensten Bereichen. Wenn eine Gesellschaft aufgesplittert ist in

«...Wir können vermeiden, dass wir in eine Zweidrittelsgesellschaft hineinschlittern. Die Frage ist, ob der politische Wille dazu da ist. Und was wir brauchen in der nächsten Zeit, ist eine ganz harte weltanschauliche und politische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und mit der neoklassischen Ökonomie, die so im Schwange ist, ohne eigentlich den Beweis erbracht zu haben, dass es besser ist, dass eine Wirtschaft und Gesellschaft besser wird...»

(Rudolf Strahm, Radio DRS)

Männer-Ghettos, Frauen-Ghettos, SchweizerInnen-Ghettos, AusländerInnen-Ghettos und so, dann sehe ich – beispielsweise – gar nicht, welche Bedürfnisse ein geistig behindertes Kind hat. Wenn wir alle in derselben Wohnüberbauung wohnen, ist zumindest die Situation dafür geschaffen, dass Solidarität möglich wird, gewährleistet ist sie deswegen natürlich noch nicht. ■